

Aufruf

Initiative zur Fachkräftesicherung in Nordrhein-Westfalen

1. Vorbemerkung

Wettbewerbsähnliche Verfahren sind fester Bestandteil des NRW-EU Ziel 2-Programms „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung 2007-2013“ (EFRE). Sie sind das zentrale Instrument zur Auswahl von qualitativ hochwertigen, innovativen Fördervorhaben und zur Vergabe der Fördermittel des Programms.

Ziel des Programms ist es, mit den geförderten Vorhaben maßgeblich dazu beizutragen, dass die Wettbewerbs- und die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft verbessert und damit die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen unterstützt wird. Die programmspezifischen Auswahlkriterien spiegeln die zentralen Ziele des Ziel 2-Programms (EFRE) wider. Sie messen die jeweiligen Beiträge zur Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit, zur Beschäftigung, zur dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung sowie zur Gleichstellung von Frauen und Männern und zur Nichtdiskriminierung.

2. Ausgangslage und Zielsetzung des Förderwettbewerbs

Europa hat sich in der Lissabon-Agenda das Ziel gesetzt, zum dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Dies ist eine besondere Herausforderung für Deutschland und das größte Bundesland Nordrhein-Westfalen.

Wirtschaftliche Dynamik und Innovationskraft der Unternehmen hängen unmittelbar von der Verfügbarkeit eines ausreichenden Fachkräfteangebotes ab. Die Anforderungen erfolgreicher Unternehmen an Qualifikation und Flexibilität ihrer Arbeitskräfte steigen kontinuierlich.

Globaler Wettbewerb, technologischer Wandel und demografische Entwicklung werden jedoch in Nordrhein-Westfalen zu enormen Herausforderungen bei der Sicherung des Fachkräfteangebotes führen. Schon jetzt sind Engpässe in manchen Be-

rufsfeldern zu identifizieren. Zahlenmäßig lassen sich diese Bedarfe nur grob skizzieren, ihre regionale Verteilung ist nur unzureichend bekannt. Nach Berechnungen des Prognos-Instituts sind bis zum Jahr 2020 ein Fachkräftemangel von 630.000 Menschen und sechs Milliarden Euro Steuerausfälle sowie soziale Folgekosten in Nordrhein-Westfalen zu erwarten.

Um die Ziele des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Stärkung der unternehmerischen Basis der regionalen Wirtschaft und der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in Nordrhein-Westfalen sowie Stärkung von Innovationsprozessen und der Innovationsfähigkeit in den Unternehmen und den Regionen zu erreichen, sind nicht nur Investitionen in Infrastruktur, Produktions- und Dienstleistungsprozesse notwendig. Von herausragender Bedeutung hierfür ist die Investition in die Qualifikation und die Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitskräften. Innovationen, Flexibilität und Qualität entstehen nur von und mit kompetenten, engagierten und kreativen Beschäftigten.

Ziel der Initiative zur Fachkräftesicherung ist es daher, die vorhandenen Potenziale des Arbeitsmarktes zu nutzen und weiterzuentwickeln, um eine Fachkräftelücke möglichst nicht entstehen zu lassen bzw. aktuelle Fachkräftebedarfe möglichst auszugleichen. In den Regionen des Landes gibt es zwar schon heute verschiedene Aktivitäten zur Fachkräftesicherung, die aber längst nicht alle erforderlichen Handlungsfelder abdecken und zudem nur in seltenen Fällen miteinander verzahnt sind.

Mit der Initiative zur Fachkräftesicherung sollen einerseits die Kompetenzen der regionalen Wirtschaft gestärkt werden, andererseits soll die Bereitschaft aller Akteure geweckt werden, sich aktiv und verantwortlich an der Lösung der Probleme zu beteiligen und eine gemeinschaftliche regionale Strategie zur Fachkräftesicherung zu entwickeln. Das Land setzt deshalb auf die Eigeninitiative der Akteure und Unternehmen in den Regionen. Bei der Durchführung von Projekten wird eine finanzielle Eigenbeteiligung in Höhe von 50 % erwartet.

3. Handlungspläne als Fördervoraussetzung

Voraussetzung für die Teilnahme am wettbewerbsähnlichen Verfahren sind Regionale Handlungspläne der 16 NRW-Arbeitsmarktregionen, die die o. g. Ziele erfüllen und nachweislich zur Fachkräftesicherung in der Region beitragen. Ein Zusammenschluss von Regionen oder andere Zuschnitte für Einzelprojekte sind denkbar. Die angestrebte regionale Zusammenarbeit soll bereits bestehende Kooperationsstrukturen einbeziehen. Es sollen keine neuen Infrastrukturen geschaffen werden.

Die Regionen können und sollen im Handlungsplan eigene Schwerpunkte setzen. Folgende Themen und Handlungsfelder sind jedoch obligatorisch:

- **Einbeziehung und Mitwirkungsbereitschaft der Partner aus der regionalen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes**

Eine hohe Qualität der regionalen Handlungspläne und Projektvorhaben ist nur durch eine breite Diskussion und die Einbindung der Erfahrungen und Beiträge mehrerer Partner zu erreichen. Es ist darzustellen, welche Partner eingebunden werden und welche Beiträge sie leisten.

- **Einbindung der regionalen Strategie in die Themenbereiche der Landespolitik**

Ziel ist die regionale und interregionale Bündelung, effektive Vernetzung und bedarfsorientierte Ergänzung vorhandener Aktivitäten zur Fachkräftesicherung.

Folgende landespolitische Handlungsfelder stehen dabei zum Beispiel im Fokus:

Sicherung und Gewinnung von Fachkräften für kleine und mittlere Unternehmen

in den Regionen: Die regionalen Arbeitskraftpotentiale sind für kleine und mittlere Unternehmen besser nutzbar zu machen. Das bedeutet zum einen mit Blick auf die Standortattraktivität Fachkräfte an die Region zu binden und zum anderen betriebliche Voraussetzungen schaffen, um vorhandene Potentiale besser nutzen zu können.

Beschäftigte in den Betrieben qualifizieren: Viele Beschäftigte wären bereit, sich weiter und höher zu qualifizieren, wenn berufliche Perspektiven und interessante Tätigkeitsfelder für sie erreichbar sind.

Frauenenerwerbsquote erhöhen: Gut ausgebildete Frauen verlieren zu häufig den (Wieder-)Anschluß ans Berufsleben nach der Elterzeit, weil die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht stimmen.

Im Rahmen der Strukturfondsprogramme des Landes sind zu diesem Themenfeld schon zahlreiche Aktivitäten gefördert worden, wie z.B. Projekte im Rahmen des Wettbewerbs "Familie@unternehmen" und auch zukünftig werden z.B. die Kompetenzzentren gefördert. Hier muss eine inhaltliche Abstimmung erfolgen, so dass Doppelförderungen ausgeschlossen sind und eine inhaltliche Kohärenz gewährleistet ist. Es ist darzustellen, wie dies gewährleistet wird.

Ausländer zu Inländern machen: Ca. 60.000 ausländische Studentinnen und Studenten an den Hochschulen in NRW sind ein bislang viel zu wenig ausgeschöpftes Reservoir.

Ausbildungs- und Studienabbrüche reduzieren: Konstant zwischen 20 bis 30 % der Auszubildenden bzw. Studierenden brechen aus unterschiedlichen Gründen ihre Bildungsgänge ab. Durch präventive bzw. flankierende Maßnahmen lassen sich viele dieser Abbrüche vermeiden.

- **Fortschreibung des regionalen Fachkräftemonitorings**

Ziel ist die Schaffung einer datengestützten Grundlage, um abgrenzbare Handlungsfelder zu identifizieren, in denen der Fachkräftebedarf die Innovationsfähigkeit, die Investitionsbereitschaft und das Wachstum kleiner und mittlerer Unternehmen behindert. Daraus sind kurz-, mittel- und langfristige Planungen zur Fachkräftesicherung abzuleiten.

- **Kompetenzfeststellung**

Um Wissen und Know-How v. a. von Un- und Angelernten sowie von Zugewanderten für die regionale Wirtschaft zu heben, müssen Strategien und Konzepte

entwickelt werden, die die Anerkennung und den Nachweis im Berufsleben erworbener Kompetenzen ermöglichen.

▪ **Analyse des Bedarfs der regionalen Wirtschaft an Bildungskapazitäten und Sicherstellung entsprechender Angebote**

Um der Behinderung der wirtschaftlichen Dynamik durch Fachkräfteengpässe vorzubeugen, sind präventive Maßnahmen erforderlich. Dazu gehört insbesondere die Überprüfung des regionalen Bildungsangebotes im Hinblick auf die Erfordernisse der regionalen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes und Entwicklung angepasster und flexibler Formen von Aus-, Fort- und Weiterbildung.

▪ **Analyse des interregionalen Kooperationsbedarfs zur Fachkräftegewinnung**

Um die wirtschaftliche Strukturentwicklung voranzutreiben und drohende Fachkräftelücken zu vermeiden ist es ggf. notwendig, überregional ausgerichtete Strategien zu entwickeln.

▪ **Verbesserung von Flexibilität und Mobilität der Beschäftigten sowie der erforderlichen Rahmenbedingungen**

Um Überhänge und Engpässe an Fachkräften auszugleichen, ist es erforderlich, das Beschäftigte räumlich mobiler und qualifikatorisch flexibler werden.

Auf der Basis des von der G.I.B. zur Verfügung gestellten Datensets und weiteren in der Region verfügbaren Daten sind im Handlungsplan die jeweilige regionale Ausgangslage und die daraus abgeleiteten Ziele und Lösungsschritte zu skizzieren. Dabei muss der Handlungsplan zu jedem angestrebten Handlungsfeld deutlich machen:

- welche (Teil-)Ziele wie erreicht werden sollen,
- welchen Beitrag die einzelnen Akteure zur Umsetzung des Handlungsplans leisten,
- wozu sich die Akteure verpflichten,
- welche Institution dazu in der Region die verantwortliche Koordination und Netzwerkarbeit übernimmt sowie

- wo zusätzliche Handlungsbedarfe gesehen werden, die durch Aktivitäten der Beteiligten (auch finanziell) nicht abgedeckt werden können und somit im Rahmen der Initiative als Projekt durch das Land gefördert werden sollten.

Die Aufstellung der Handlungspläne wird von den Regionalagenturen veranlasst und den regionalen Lenkungskreisen zur Bewertung vorgelegt (regionales Votum). Die Handlungspläne können bereits konkrete Projektvorhaben beinhalten und können bis zum 30.09.2011 jederzeit der G.I.B. zur Begutachtung vorgelegt werden. Auch eine spätere Einreichung von Handlungsplänen und Projektvorhaben ist möglich.

4. Projektförderung - Gegenstand des Wettbewerbs

Aus den Handlungsplänen sind konkrete Projektvorhaben zu entwickeln und zu Stichtagen einzureichen. Die Projektvorhaben müssen sich inhaltlich immer auf den Handlungsplan beziehen und ihren Beitrag zur Erreichung der dort genannten Ziele verdeutlichen.

Es können nur Projekte gefördert werden, die nach der EFRE-Strukturfondsverordnung förderfähig sind. Die Zusätzlichkeit der Vorhaben muss gewährleistet sein, d.h. dass z.B. die bestehenden ESF Programme oder andere Förderungen diese Art von Projekten nicht abdecken.

Projektvorhaben sind unter Zugrundelegung des Handlungsplanes nach Votierung durch die regionalen Lenkungskreise bei der G.I.B. zur Begutachtung einzureichen.

Stichtage für die Einreichung von Projektvorhaben sind:

der 30.09.2011

der 31.10.2011

der 31.03.2012

Nach Begutachtung und Scoring durch die G.I.B. werden die Vorhaben einem Gremium aus MAIS, MWEBWV und Bewilligungsbehörde zur Entscheidung vorgelegt.

Die formale Antragstellung und Bewilligung erfolgt bei der zuständigen Bezirksregierung.

Teilnahmeberechtigt sind, soweit sie ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen haben

- Gemeinschaftseinrichtungen der Wirtschaft und der Arbeitnehmer
- Kommunen und Kommunalverbände
- Unternehmensverbände
- Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), und freie Berufe
- Hochschulen und Forschungseinrichtungen, wenn diese Projekte mit unmittelbarem Transferbezug zu Unternehmen umsetzen
- Stiftungen und intermediäre Organisationen

Die Zusammenarbeit verschiedener Akteure ist möglich. Denkbar sind zum Beispiel Unternehmensverbände und Kooperationen von Unternehmen mit Kommunen, intermediären Organisationen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen oder weiteren Akteure.

Teilnahmevoraussetzungen

Vorhaben können nur gefördert werden, wenn die Gesamtfinanzierung unter Einbeziehung der Eigenbeteiligung erkennbar gesichert ist. Der Eigenanteil der Projektträger muss mindestens die Hälfte der förderfähigen Gesamtkosten betragen.

Kooperationspartner müssen ihre Rechte und Pflichten zur Erfüllung des Zuwendungszwecks in einem Kooperationsvertrag regeln. Für die Beteiligung am Wettbewerb ist ein „Letter of Intent“ zunächst ausreichend.

Um die nötige Eigeninitiative der Akteure belegen zu können, muss im Rahmen der Vorhabenbeschreibungen dargelegt werden, wie die Vorhaben nach Ablauf einer Förderung ohne weitere öffentliche Hilfen finanziert und weitergeführt werden sollen. Entsprechende Erklärungen der Akteurinnen und Akteure sind beizufügen.

Das jeweilige Vorhaben muss thematisch, zeitlich und finanziell abgrenzbar sein und darf mit Ausnahme von Vorplanungen sowie Markt- und Mitbewerberanalysen noch nicht begonnen worden sein (Projektförderung). Das Projekt muss in Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden. Die Ergebnisse sind hauptsächlich in Nordrhein-Westfalen zu verwerten. Die Projekte dürfen eine maximale Förderdauer von zwei Jahren nicht überschreiten.

5. Auswahlkriterien

Die Bewertungskriterien des Förderwettbewerbs orientieren sich an den strategischen Zielen des Ziel 2-Programms (EFRE) und an den wettbewerbsspezifischen Zielen.

Die Auswahl erfolgt mit Hilfe eines Scoring-Verfahrens, bei dem jedes Vorhaben anhand einer Kriterienliste bewertet wird. Die Gesamtpunktzahl jedes Vorhabens bestimmt sich anhand der gewichteten Bewertungskriterien und der jeweils vergebenen Punkte und erlaubt das Ranking der eingereichten Projektvorschläge.

Für jedes Projekt ist prüffest darzulegen, warum das Projekt im Rahmen des Ziel 2 EFRE Programme förderwürdig ist, das heißt die vom Begleitausschuss definierten Auswahlkriterien stellen die Grundlage für den Entscheidungsprozess dar. Je nachdem aus welcher Achse das Projekt der Fachkräfteinitiative gefördert werden soll, müssen die Auswahlkriterien auch bei den spezifischen Kriterien des Wettbewerbs gelten.

Beiträge zu den grundlegenden Zielen des Ziel 2-Programms (40 %):

▪ Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit

Projekte sollten dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft zu erhalten und zu stärken, indem die Ausschöpfung des Fachkräftepotentials verbessert wird. Im Zentrum steht dabei eine höhere Motivation und Produktivität der Beschäftigten z. B. durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die Sicherung und Gewinnung qualifizierter Fachkräfte durch attraktive Arbeitsbedingungen z. B. für Ältere. Sowohl Standortbedingungen als auch betriebliche Voraus-

setzungen können in den Fokus genommen werden, um Fachkräfte zu gewinnen und „Brain Drain“ zu verhindern.

- **Verbesserung der Innovationsfähigkeit**

Der Beitrag des Projekts zur Verbesserung der Innovationskultur soll dargestellt werden. Wichtige Maßnahmen hierzu können vor allem die Bergung von Wissen und Know-How insbesondere von un- und angelernten sowie ausländischen Beschäftigten, die Hebung von Potentialen der „Stillen Reserve“ oder die Vermeidung von Ausbildungs- und Studienabbrüchen sein.

- **Verbesserung der Beschäftigungssituation**

Der drohende Fachkräftemangel bietet auch für solche Gruppen am Arbeitsmarkt Chancen, die bislang nicht im Zentrum der Personalrekrutierung der Unternehmen standen, die unterwertig oder nicht voll ausgelastet beschäftigt sind. Projekte sollen dazu beitragen diese bislang brachliegenden Potentiale zu heben, indem sowohl die Beschäftigungsfähigkeit der Erwerbsfähigen und -tätigen verbessert als auch die Voraussetzungen und Arbeitsbedingungen der Betriebe angepasst werden.

Beiträge zu den Querschnittszielen des Ziel 2-Programms (10 %):

- **Unterstützung der Chancengleichheit von Frauen und Männern und der Nichtdiskriminierung**

Dem Beitrag des Projektes zur Sicherung gleicher Chancen von Frauen und Männern sowie der Nichtdiskriminierung kommt besondere Aufmerksamkeit zu. Gerade hier liegen zentrale Bausteine Fachkräftepotentiale zu mobilisieren und für die Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft nutzbar zu machen.

- **Unterstützung der umweltgerechten Entwicklung**

Die Förderung von nachhaltigen und umweltgerechten Entwicklung ist ein Querschnittsziel des Ziel-2 Programms. Vor diesem Hintergrund ist in der Projektskizze darzustellen, wie der Ressourcen schonende Einsatz von Rohstoffen oder Energie im Projekt gewährleistet werden soll.

Beiträge zu den spezifischen Zielen und Kriterien des Wettbewerbs (50 %):

- **Beitrag des geplanten Projektes zur Erreichung der Ziele des Handlungsplanes**
 - Qualitative und Quantitative Verbesserung des Fachkräfteangebotes für die regionale Wirtschaft
 - Ausschöpfung von Fachkräftepotenzialen durch Formen der Weiterbildung und Kompetenzentwicklung sowie Organisationsstrukturen und -abläufe im Betrieb
 - Aufschluss spezifischer Zielgruppen, deren Potentiale in höherem Maße zur Stärkung der Fachkräftebasis der regionalen Wirtschaft genutzt werden sollten
 - Beitrag des geplanten Projektes zur mittel- und langfristigen Vorbeugung des absehbaren Fachkräftemangels in der Region

- **Ergänzung zu den bereits vorhandenen Förderinstrumenten und Initiativen des Landes**

- **Übertragbarkeit der Projektergebnisse auf andere Regionen, Branchen, Unternehmen oder Kontexte (z.B. durch Aufgreifen von grundlegenden Herausforderungen unabhängig von Regionen und Branchen sowie der Unternehmensgröße)**

- **Innovationsgrad des Projektvorhabens für Nordrhein-Westfalen (z.B. auch durch die Übertragung von Konzepten, Verfahren und Kommunikationswegen aus anderen Kontexten oder Regionen)**

- **Effektivität und Effizienz des Projekts im Verhältnis zur eingesetzten Förderung (z.B. Nachweis über positive Kosten-Nutzen-Relation)**

6. Informationen zum anschließenden Antrags- und Bewilligungsverfahren

Die Förderung erfolgt aus dem Operationellen Programm (EFRE) für das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ des NRW-EU Ziel 2-Programms nach Maßgabe der §§ 23 und 44 der LHO, den zugehörigen Verwaltungsvorschriften sowie den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) bzw. zur Projektförderung an Gemeinden (ANBest-G) und den EU-spezifischen Nebenbestimmungen in der jeweils gültigen Fassung.

Die Ausgaben für Projekte können mit einem Fördersatz von bis zu 50% der förderfähigen Ausgaben für Personal- und Sachkosten gefördert werden. Der Eigenanteil muss durch private Mittel oder öffentliche Mittel (ausgenommen EU-Mittel) erbracht werden.

Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht erst mit dem Bewilligungsbescheid. Der Zuwendungsgeber entscheidet auf Basis der o. a. Bestimmungen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Die Förderung erfolgt im Wege der Ausgabenerstattung nach der Vorlage von Belegen für tatsächlich getätigte Ausgaben. Antragsteller erklären sich im Fall der Förderung mit der Aufnahme in das öffentliche Verzeichnis der Begünstigten gemäß Art. 6 und 7 der VO EG Nr. 1828/2006 einverstanden. Zuwendungsbescheide werden nach den jeweils zum Zeitpunkt der Bewilligung geltenden Bestimmungen der vorgenannten Förderrichtlinien oder ihrer Nachfolgeregelungen erteilt.